

Zur Verteidigung Kubas

Initiative des Netzwerkes zur Verteidigung der Menschheit, das die Einmischung des europäischen Parlaments in die inneren Angelegenheiten Kubas verurteilt

Hinsichtlich der Resolution des Europäischen Parlaments vom 11. März zu Kuba erklären wir, Intellektuelle, Akademiker, soziale Kämpfer, kritische Denker und Künstler des Netzwerkes zur Verteidigung der Menschheit:

1. Dass wir die Sensibilität der europäischen Parlamentarier in Bezug auf die politischen Gefangenen teilen. Genauso wie sie, sprechen wir uns für die sofortige und bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen in allen Ländern der Welt, auch die in der Europäischen Union, auf.

2. Dass wir, wie sie, den Tod des gewöhnlichen Gefangenen Orlando Zapata sehr bedauern, aber wir gestatten nicht, dass sein Tod, der erste "... in fast vierzig Jahren", wie das Parlament selbst sagt, aus politischen Gründen verdreht wird; Gründe, die völlig anders gelagert und gegen die Ziele der Verteidigung der Menschenrechte gerichtet sind.

3. Dass "... die europäischen Institutionen zu drängen, ihre bedingungslose Unterstützung zu geben und ohne Einwände den Beginn eines friedlichen Prozesses eines politischen Übergangs zu einer Mehrparteiendemokratie in Kuba zu fördern", nicht nur ein Akt von Einmischung ist, den wir auf Grund unseres Eintretens für Nichteinmischung und Selbstbestimmung der Völker – ebenso verteidigt von der UNO - und gegen den Kolonialismus verwerfen, sondern dass es von einem einzigen Modell von Demokratie ausgeht. Einem Modell, das eigentlich immer ungenügender und fraglicher scheint. Die Suche und das Vertiefen der Demokratie bedeutet, unter anderen, ihre formalen Niveaus zu überwinden und neue, authentisch repräsentative Formen zu entwickeln, die nicht unbedingt an ein Mehrparteiensystem gebunden sind, das, wie alle wissen, häufig verbirgt, dass die Entscheidungen über die großen Probleme der Welt von kleinen und sehr mächtigen Interessengruppen einseitig getroffen werden, oberhalb des Parteienregiments.

4. Dass eine Einmischung in die inneren politischen Angelegenheiten des kubanischen Volkes begründen zu wollen, indem man den Fall von Orlando Zapata – gewöhnlicher Verbrecher und keineswegs politischer Gefangener – in den Medien manipuliert, mit der Antiaufstandspolitik übereinstimmt, die in Lateinamerika zum Stoppen oder Verzerren der laufenden Prozesse von emanzipatorischer Umwandlung angewandt worden sind und der kriminellen Blockade gegen das kubanische Volk hinzugefügt werden. Eine Blockade, die nur durchgeführt wird, weil Kuba keine Auferlegungen akzeptiert und sein Recht verteidigt, über sein Schicksal mit Würde und in Selbstständigkeit zu entscheiden.

5. Dass wir die Sorge der Parlamentarier über die Achtung der Menschenrechte auf Kuba teilen, aber wir weiten es auf die ganze Welt aus. Genauso wie sie sich um den Fall des gestorbenen Verbrechers (der in 40 Jahren keinen ähnlichen

Präzedenzfall hat) sorgen, rufen wir sie auf, das Ende der Besatzung von Gaza und der Attacken gegen das palästinensische Volk zu fordern, die nicht nur einen, sondern hunderte Tote verursacht haben; das Ende der Intervention in Irak und Afghanistan zu fordern, die Tod und Terror in Dörfer und Städte brachte; das Ende der Bombardierung in diesen Orten mit der Begründung, die Demokratie zu verteidigen, zu verlangen; für das Ende der Doppelbesatzung von Haiti einzutreten; die Schließung des Guantánamo-Gefängnisses sowie die Übergabe dieses Gebiets an Kuba zu fordern, dem es gehört; die Rückgabe der Malwinen (Falklandinseln) an Argentinien zu verlangen; und, selbstverständlich, für das Ende einer Blockade einzutreten, die die Menschenrechte des kubanischen Volkes verletzt, und die die moralische Qualität desjenigen in Frage stellen kann, der eine menschliche Behandlung für einen Verbrecher verlangt, während er diese einem ganzen Volk verweigert.

Die Wirtschafts- und Medienbelästigung, der Kuba unterworfen ist, schon vor dem Tod des Gefangenen Orlando Zapata, ist ein Verstoß gegen die Menschen- und politischen Rechte eines Volkes, das sich für einen anderen Weg entschieden hat.

Wir fordern Respekt für die inneren Wege des kubanischen Volkes, seine Demokratie zu bestimmen und auszuüben, und verlangen Konsequenz mit den universellen, von der UNO vereinbarten Prinzipien der Nichteinmischung auf.

Netzwerk zur Verteidigung der Menschheit

(Übers.: Außenstelle der Kubanischen Botschaft, Bonn)

Der Aufruf kann unter

<http://www.porcuba.org/index.php?cont=registro&articulo=0&lang=1&declara=12> unterzeichnet werden.